

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/155

Bonn, den 19. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 - 2 | <u>SCHILLER - SÖLLE</u> Gerät die Deutschlandpolitik in Bewegung? | 42 |
| 2 | <u>KPD - nicht gefragt</u> Ein mißlungenes Jubiläum | 22 |
| 3 - 4 | <u>Erinnern, was Deutschland gewesen war</u> Zur Diskussion um die Verjährungsfrist für Mord und Völkermord Von Harry Tallert, M&B | 101 |
| 5 - 6 | <u>Mitbestimmung in England hart umstritten</u> Noch ein weiter Weg bis zur wahren Industriedemokratie Von Hans Joachim Werbke, London | 63 |

*

*

*

SCHILLER - SÖLLE

Gerät die Deutschlandpolitik in Bewegung?

sp - Noch vor 18 Monaten wäre es in Bonn undenkbar gewesen, die Frage eines Treffens von Ministern aus der Bundesrepublik und der DDR in zustimmendem Sinne zu erörtern. Heute spricht man fast vorbehaltlos darüber und rechnet damit, daß sich Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Schiller und der Außenhandelsminister der DDR, Sölle, demnächst treffen werden.

Ob das in Bonn oder in Ostberlin sein wird, ist dabei von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend und bezeichnend für das veränderte Klima seit Bildung der Regierung der Großen Koalition ist die Tatsache, daß ein solches Treffen in Erwägung gezogen wird und daß es - sollte es stattfinden - von niemandem mehr als Waffe für einen innenpolitischen Schlagabtausch zwischen den Parteien benutzt werden kann.

Es ist nicht unsere Sache, Spekulationen darüber anzustellen, warum die Regierung der DDR ein solches Gespräch auf Ministerebene für sinnvoll hält; hierüber zu befinden, steht denen zu, die bisher immer erklärt hatten, das Zustandekommen von Gesprächen auf Minister-ebene sei von der Erfüllung einer Anzahl politischer Vorbedingungen abhängig.

Hier und heute interessiert uns die Feststellung, daß die führenden Persönlichkeiten der deutschen Politik im Prinzip ein solches Gespräch befürworten, wobei selbstverständlich von dem einen oder anderen die Erfolgchancen unterschiedlich bewertet werden.

Es mag sein, daß hier und dort in der Bundesrepublik schon jetzt sehr weitgesteckte Hoffnungen an ein solches Gespräch - falls es zustandekommt - geknüpft werden. Dazu besteht kein Anlaß, und sicher hat kein Mitglied der Bundesregierung die Illusion, durch ein Ministergespräch oder durch den Briefwechsel zwischen zwei Ministern könnte sofort alles aus dem Wege geräumt werden, was seit nunmehr

20 Jahren zwischen Ostberlin und Bonn liegt.

Unabhängig davon jedoch und im Wissen um die völlig unterschiedliche Betrachtungsweise des Deutschlandproblems hier und Ostberlin, gilt es jetzt in die Praxis umzusetzen, was der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, schon seit langem von der deutschen Politik fordert: Den äußersten Versuch zu machen, das Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands so in ein Miteinander zu verwandeln, daß alle n Deutschen dadurch geholfen werden kann. Vereinbarungen über wirtschaftliche Fragen sind ein solches Mittel.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit der Rezession im Jahre 1966 so erholt, daß auf ihrer gesunden Basis eine gesamtdeutsche Politik entwickelt werden kann, die diesen Namen verdient. Wenn durch das Gespräch zwischen Schiller und Sölle ein Anfang hierzu gemacht wird, dient auch dies den übergeordneten Zielen der deutschen Politik, eigene Beiträge zur Entspannung und zur Vorbereitung einer gerechten Friedensordnung leisten zu wollen.

+ + +

KPD - nicht gefragt

Ein mißlungenes Jubiläum

sp - Den Jahrestag des 12-jährigen Verbots der Kommunistischen Partei der Bundesrepublik haben unentwegte Anhänger dieser Partei zum Anlaß genommen, sich durch Kundgebungen in der Öffentlichkeit wieder bemerkbar zu machen. Auf was haben sich da die Initiatoren eingelassen... In Mannheim, immerhin einer großen aufstrebenden Industriestadt, brachten sie nur 100 Menschen auf die Beine; in Augsburg waren es nur 50, in Nürnberg fanden sich eine Handvoll Leute ein. Das "Neue Deutschland", das Zentralorgan der kommunistischen SED behauptete in diesem Zusammenhang, die KP habe "trotz Polizei- und Justizterrors" an Ansehen gewonnen und ihr Einfluß sei gewachsen.

So kann man sich und die ganze Welt täuschen. Die Kommunisten und ihre Protektoren im Ausland verlangen seit Jahren, die Wiederauflassung als Partei. Die Sozialdemokraten haben das KP-Verbot für politisch nicht klug gehalten, doch der Karlsruher Urteilspruch läßt sich nicht vom Tisch fegen. Aber nichts hindert die Kommunisten daran, als Partei sich neu zu formieren, allerdings auf dem Boden des Grundgesetzes. Dazu jedoch fehlt ihnen jede Lust und Neigung. Eine wiedererstandene und in Konkurrenz zu anderen Parteien stehende KP würde vor der ganzen Welt ihre innere Schwäche offenbaren. Fraglich bleibt es auch, ob der Herren in Ostberlin eine westdeutsche KP überhaupt in den Kraß paßt.

+ + +

Erinnern, was Deutschland gewesen war

Zur Diskussion um die Verjährungsfrist für Mord und Völkermord

Von Harry Tallert, MdB

Bundesjustizminister Heinemann hat in diesen Tagen erneut seine Ansicht bekräftigt, die Verjährungsfrist für Mord und Völkermord in der Bundesrepublik abzuschaffen. Es erscheine ihm unerlässlich, daß der jetzige Bundestag den Verjährungsparagraphen des Strafgesetzbuches ändert und durch die Novelle festlegt, daß Mord und Völkermord nicht verjähren. Diese Unverjährbarkeit solle auch für bereits begangene, aber noch nicht verjährte Morde gelten. Heinemann hat allerdings schon in früheren Stellungnahmen seine Zweifel geäußert, ob sich im Bundestag eine Mehrheit für eine Abschaffung der Mordverjährung findet.

Im März 1965 hatte sich der Bundestag gegen die Stimmen der FDP und eine starke Minderheit in der Union auf den Kompromiß geeinigt, den Zeitpunkt der Verjährung der in der NS-Diktatur begangenen Morde um vier Jahre zu verschieben. Als Begründung diente das Argument, daß die deutschen Gerichte erst ab 1949 über ausreichendes Beweismaterial verfügen konnten und in die Lage versetzt waren, NS-Morde in eigener Zuständigkeit zu ahnden.

Die Debatten, die diesem Ergebnis vorausgingen, gelten als einer der wichtigsten Beiträge zur Selbstdarstellung des neuen deutschen Rechtsstaates. Kennzeichnend für die Auseinandersetzung war der in fast allen Reden bekundete Wille, für die Nation und nicht nach "parteilich-politischen Gesichtspunkten" zu entscheiden. Das hat die FDP nicht daran gehindert, ihren Widerstand gegen jegliche Lösung einer Verlängerung der Mordverjährung im Bundestagswahlkampf 1965 propagandistisch herauszustellen.

Erreicht wurde aber im März 1965 keine wirkliche Entscheidung, sondern ein Aufschub. Das Problem wurde nicht gelöst, es wurde vertagt. Der erzielte Zeitgewinn ist inzwischen zerronnen.

Heinemann erklärt: Trotz erheblicher Verstärkung der Ermittlungsbehörden, besonders der zentralen Stelle Ludwigsburg, sei es unmöglich, bis zum 31. Dezember 1969, die Ermittlungen so weit zu führen, daß gegen alle in Betracht kommenden Mordverdächtigen richterliche Verfügungen erlassen werden können, die eine Unterbrechung der Verjährung bewirken.

Es ist außerdem zu erwarten, daß die Vereinten Nationen in Kürze eine Konvention über die Unverjährbarkeit solcher Verbrechen beschließen. Das könnte zu der Forderung führen, die Strafverfolgung bereits verjährter Verbrechen wieder aufzunehmen. Heinemann empfiehlt, der möglichen Forderung einer "großen Rückwirkung", die den rechtsstaatlichen Grundsätzen der Bundesrepublik widerspreche, durch eine eigene befriedigende Gesetzgebung zuvorzukommen. Wird es dafür in diesem Bundestag eine Mehrheit geben? Der Bundesjustizminister zweifelt daran und seine Zweifel sind wohl begründet.

Ende nächster Woche soll das heikle Thema in einem Koalitionsgespräch im "Kreßtröner-Kreis" behandelt werden. Wie wird sich

Bundeskanzler Kiesinger verhalten? Kann es sich der Regierungschef der Bundesrepublik erlauben zu schweigen? - wie 1965 der Bundeskanzler Ludwig Erhard. Wird es Gesetzesvorlagen der Fraktionen geben? Wird die Union der Versuchung widerstehen, die Initiative der SPD zu überlassen und sich mit der FDP gegen die Aufhebung der Mordverjährung aussprechen? Und kann die SPD in ihrer schwierigen Ausgangsposition für 1969 einen Alleingang riskieren, einen Opfergang in die Unpopularität? Denn, abgesehen von der jüngeren Generation, die Mehrheit in diesem Land will von den NS-Morden nichts mehr hören. Bemüht wird der Popanz einer neuen Entnazifizierung, während es doch allein darum geht, Mörder zur Rechenschaft zu ziehen.

Kann dieser Staat, der beansprucht, stellvertretend auch für die Deutschen jenseits der Mauer zu sprechen, der das neu gewonnene, das rechtsstaatliche Deutschland repräsentiert, einfach einen "Schlußstrich ziehen" und die "Vergangenheit bewältigen" - mittels Ablauf einer Frist? Geschützt freilich durch eine rechtsstaatliche Interpretation, die formal kaum anfechtbar ist; begleitet von persönlichen Bekenntnissen, von Gewissensentscheidungen, deren moralische Qualität unter anständigen Leuten nicht angezweifelt wird. Denn wir sind alle ehrenwert.

Artikel 103 des Grundgesetzes, Abs. 2 bestimmt:

"Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde."

Nur der geringere und unbedeutendere Teil der NS-Mörder ist im Sinne des Strafgesetzbuches schuldig. Der Paragraph 211 (2) StGB, "Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu decken einen Menschen tötet".... entspricht nicht dem Tatbestand der Vorbereitung und Ausführung des administrativen Massenmordes im NS-Staat. Denn Urheber, Exekutoren und Helfer konnten, wenn sie nur ihrer Ideologie glaubten, ihr Vernichtungswerk in dem Bewußtsein verrichten, der Menschheit einen Dienst zu erweisen. Der administrative Massenmord geschah im Auftrag eines Staates, der zum Verbrecherstaat geworden war.

So haben wir es hier mit einer neuen Dimension des Verbrechens zu tun. Die Paragraphen unseres Strafgesetzbuches, entstanden in einer vergleichsweise idyllischen Zeit, sind anwendbar auf NS-Täter, die über die geforderte Norm hinaus, ohne Befehl aus eigenem Antrieb mordeten. Die Verbrechen der pflichtbewußten Akteure der NS-Staatsgewalt, der Schreibtischmörder vor allem, sind, wie wir in vielen Gerichtsverhandlungen erlebt haben, nach unserem geltenden Recht nicht justitiabel.

Was soll man sich also von einem Fortgang der Prozesse versprechen, wenn Gerechtigkeit, der neuen Dimension dieser Verbrechen wegen, unser geltendes Recht bis zum Widersinn überfordert? Wie würde das Ergebnis aussehen? Keine Antwort: Die Prozesse müssen dennoch zu Ende geführt werden. Denn soll auf Anklagen wegen Mordes verzichtet werden nach dem Kriterium des Erfolgsprinzips? Wir können uns der Verpflichtung nicht entziehen, alles zu versuchen, um aufzuklären und wenigstens das Mindestmaß an Gerechtigkeit zu erreichen, das noch möglich ist.

Der Bundestag muß sich dieser Entscheidung stellen. Wie immer sie ausfällt, sie wird der Welt Aufschluß geben über die moralische Identität dieser Bundesrepublik. Der hohe Anspruch unserer neuen demokratischen Ordnung wird gemessen werden an unserem Vermögen oder an unserem Versagen, uns zu erinnern, was Deutschland gestern war.

Mitbestimmung in England hart umstritten

Noch ein weiter Weg bis zur wahren Industriedemokratie

Von Hans Joachim Werbke, London

Im Paragraphen 1001 des Berichts über Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen, den eine königliche Kommission unter Vorsitz von Lord Donovan zum Jubiläum der britischen Arbeitnehmerbewegung anfertigte, wird nach einem oberflächlich-flüchtigen Studium der deutschen Erfahrungen auf dem Gebiet der Betriebsverfassung und des Mitbestimmungswesens leisetretterisch notiert: "Wir können lediglich feststellen, daß die deutsche Kohlen- und Stahlindustrie nicht mehr und nicht minder tüchtig zu funktionieren scheint als die anderer Länder." Mit dieser lössigen Geste wird eines der großartigen und ausbaufähigen Beispiele sozialer Demokratie abgetan.

Auf der Grundlage des Donovan-Reports, dessen Feststellungen, wie das Zitat zeigt, mehr als mangelhaft sind, steht ein vom Labour-Party-Vorstand für den herbstlichen Parteitag ausgearbeitetes Arbeitspapier. Es nennt sich "Industrielle Demokratie" und soll vom Vorstand als Teil des Jahresberichts präsentiert werden. Die vorweggenommene Veröffentlichung soll nach dem Willen der Urheber eine Diskussion gestatten. Sie ist somit Teil einer sich anbahnenden Kampagne, mit der einem momentan zur Desertion neigenden Wählervolk Programm und Ziele der britischen Arbeiterpartei ins Bewußtsein zurückgebracht werden sollen.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der kurzfristigen Studenten-Arbeiter-Allianz während des Pariser Mai-Revolutionchens war der jugendliche Technikminister Anthony Wedgwood Benn für eine "participation" à la anglaise vorstellig geworden. Er konzedierte seinen Mitmenschen den Willen zu einem größeren Mitspracherecht und schrieb einen Großteil der Ursachen industrieller Unruhen, namentlich wilder Streiks, dem Ressentiment der Arbeiter zu, das entsteht, weil sie sich vom Prozeß des Entscheidens ausgeschlossen fühlen.

Das Diskussionspapier der Parteiführung verlagert geschickt die brennende Frage nach der Mitbestimmung der Arbeiter in eine solche nach der Information. Vorgeschlagen wird, der Arbeiterschaft drei Rechte grundsätzlich zu gewähren: 1. das Recht auf Organisation und Repräsentation; 2. die Schaffung eines e i n z i g e n Kanals auf der Ebene des Betriebes, in dem Vertreter der Arbeitnehmer und der Betriebsleitung dann alle Elemente des Managements - von der Kündigung bis zur Rationalisierung - erörtern und verhandeln können; und 3. das Recht auf ausreichende Information, wobei jedoch Sorge getragen werden muß, daß kommerzielle Interessen nicht gefährdet werden.

Speziell für den dritten Punkt müßte die Regierung das erst vor Jahresfrist novellierte Gesellschaftsgesetz abändern, wenn nach

den Vorstellungen der Denkschrift in den Informationsbereich fallen: Arbeitsumsatz, Betriebsstärke-Voraussagen, Arbeitskosten, Gehälter der Direktoren; die Kontrolle von Tochterfirmen und Zweigwerken; die Aktienpakete der Direktoren; Übersicht über die Auftragslage, Forschungspläne; die gesamte Kosten-, Preis- und Gewinnpolitik.

Völlig offen bleibt in diesem Papier die Frage, was ein volks- oder betriebswirtschaftlich nicht durchgebildetes Arbeitnehmerkorps mit solchen ihm von Gesetzes wegen zugänglich gemachten Informationen in der Praxis anfangen würde. Die Tarifpartner in England sind sowohl sozial als auch bildungsmäßig viel weiter auseinander als vergleichsweise die Deutschen. Die von der Donovankommission beobachteten anarchische Struktur der britischen Arbeiterbewegung, die den Gegensatz von "Wir" und "Die da oben" konservierte, hat hierzuland die Entwicklung zur innerbetrieblichen Demokratie hintangehalten. Die Gewerkschaften fürchten immer die Gefahr des Korruptiertwerdens und haben sich nie dafür stark gemacht, ihre Vertreter in die Verwaltungs- und Aufsichtsräte zu entsenden. Das englische System verläßt sich auf den Shop Steward, den demokratisch gewählten Sprecher eines überschaubaren Betriebsteils, der Wünsche und Beschwerden seines Bereichs mannhaft "nach oben" trägt und in kollegialer Hilfsbereitschaft seine vornehmste Aufgabe sieht.

Folglich erwärmt sich das Diskussionspapier zur Industriedemokratie nicht für die Einrichtung von Arbeitsdirektoren auf Betriebsebene, sondern schlägt sie modellhaft für übergeordnete und überbetriebliche Ebenen vor, beispielsweise für die Aufsichtsgremien der nationalisierten Industrien, für die regionalen Planungämter und für die nach dem Verkehrsgesetz neuzuschaffenden Passagierverkehrsbehörden.

Aber der nach dem Gunter-Rücktritt zum Generalpostmeister avancierte John Stonehouse sprach sofort auch hier eher nach dem Herzen britischer Wirtschaftskreise, als er kurze Zeit nach Veröffentlichung des Arbeitspapiers im Hinblick auf die Umwandlung des Postministeriums in eine öffentliche Körperschaft die Mitbestimmung seiner Postler von vornherein ablehnte. Kasuistisch unterschied er zwischen "Arbeiterbeteiligung" und "Arbeiterkontrolle". Die erstere sei akzeptabel, fand der Postminister, aber die letztere müsse abgelehnt werden: "Kontrolle der Arbeiter läßt sich nicht verteidigen; sie ist erstens sehr unfair gegenüber der restlichen Gemeinschaft... und zweitens ist die Funktion des Managements unteilbar." Bis zur wahren Industriedemokratie ist es noch ein sehr weiter Weg in England.